

Dresdener Nachrichten

Begründet 1856

Verleger: Kerschke Dresden.
Verlagsnummer 25 241
Für die Nachdrucke: 20011.

Bezugs-Gebühr bei täglicher Zustellung in Dresden oder durch die Post monatlich M. 210,—
Einzelnnummer M. 8,—, Sonntagsausgabe M. 10,—
Anzeigen-Preise. Die 10spaltige Zeile M. 20,—, außerhalb S. 20,—, Familien-
anzeigen, Anzeigen unter Stellen- u. Wohnungsmarkt, 10spaltige Zeile u. Verkäufe
25,—, Nachsch. Bezugsgebühren nach Tarif. Anzeigen, Beiträge gegen Vorauszahlung.

Schriftleitung und Anzeigenverwaltung:
Merkelstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Weygand & Reichardt in Dresden.
Postfach-Nr. 1066 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdener Nachr.“) zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Hupfeld
Waisenhaus-Str. 24

Urteile und
Literatur
kostenlos

TRI-PHONOLA

Als FLÜGEL, PIANO oder VORSETZER für persönliches Spiel oder zur selbsttätigen Wiedergabe des Urspiels erster Meister. Vorpfeil bereitwillig

Das voll-
kommenste
Instrument

Rönisch
Waisenhaus-Str. 24

Das Entente-Kompromiß über den Orient.

Räumung Thrakiens.

Friedenskonferenz in Stutari am 1. November. — Spätere Meerengenkonferenz unter russischer Leitung. Paris, 7. Okt. Die Pariser Besprechung Lord Curzons mit Poincaré hat zu einer Einigung über folgende Grundlagen für die weiteren Verhandlungen mit den Türken geführt:

Die Räumung Thrakiens soll in drei aufeinanderfolgenden Etappen geschehen:

1. Sofortige Evakuierung der griechischen Bevölkerung und Armee.
2. Einen Monat nach Beendigung dieser Räumung wird die türkische Gendarmerie und Verwaltung von den türkischen Gebieten Besitz ergreifen.
3. Nach Friedensschluss endlich wird dem osmanischen Heere gestattet, die Meerengen zu überschreiten und in Thrakien einzuziehen.

Ob die Türken auf diese Bedingungen eingehen werden, bleibt abzuwarten. Die Annahme dieser Verhandlungsgrundlage durch Frankreich läßt darauf schließen, daß man auch in Paris nicht sofort Thrakien den Türken übergeben will, was Franklin Bouillon angekündigt haben soll und worüber man in London höchst erzürnt ist. Das Kompromiß über Thrakien gründet sich in der Hauptsache auf einen Vorschlag von Benizelos.

Paris, 8. Oktober. Ueber den Inhalt des gestern aus dem gemeinsamen interalliierten Abkommens meldet die Agence Havas, es sei beschlossen worden, daß bis zum Abschluß des Friedens die Alliierten nur dort Truppen behalten sollen, wo solche gegenwärtig stehen, also in Konstantinopel, Thakalidsha, Gallipoli, Tschanal und längs der Mariza, um Ueberraschungen von griechischer Seite zu vermeiden. Die neutrale Zone soll so geführt werden, daß die englischen Truppen von den Rumelien entfernt sind. Einseitlich der

Friedenskonferenz

kamen die Alliierten zu folgenden Beschlüssen, die dem englischen Kabinett unterbreitet worden sind: Die Konferenz soll am 1. November beginnen. Die Alliierten sind darüber einig, daß Smirna nicht als Zusammenkunftsort gewählt werden soll, vielmehr wird wohl Stutari oder Prinkipo dazu anzufragen sein. Auf der Konferenz werden zunächst die finanziellen, militärischen und wirtschaftlichen Fragen des neuen Vertrages unter Teilnahme Englands, Frankreichs, Italiens, Japans, Rumaniens, Jugoslawiens, Griechenlands und der Türkei besprochen werden. Daran soll später eine Beratung über die Freiheit der Meerengen angeschlossen. Hierzu sollen auch andere Mächte, so z. B. Rußland, Bulgarien, die Ukraine und Georgien, zugelassen werden können.

In Pariser Kreisen, die über die Orientfragen besonders gut orientiert sind, wird zu den Pariser Beschlüssen bemerkt, daß England sein Hauptziel, nämlich die vorläufige Räumung der Meerengen, erreicht hat. Die thrakische Frage war für England nach Ansicht dieser Kreise von Anfang an nur ein Nebenproblem, das ernste Bedeutung für die Engländer nur hatte, soweit es zur

Regelung des Hauptproblems dienlich sein konnte. Die Öffnung Englands, mit Hilfe der thrakischen Frage die Zustimmung der Türken zu einer Lösung des Meerengenproblems nach den englischen Wünschen zu erlangen, ist an dem drohenden Befehlen der Türken auf sofortige vorübergehende Lösung der thrakischen Frage gescheitert. Da England unter diesen Umständen nicht mehr darauf rechnen konnte, die von ihm gewünschte Meerengenlösung auf der Friedenskonferenz durchzusetzen, mußte es die Vertagung dieser Frage und ihre Überweisung vor eine andere, den englischen Wünschen gefälligere Instanz anstreben. Dieses Ziel hat England jetzt in Paris erreicht.

Kemal reist nach Rudania.

London, 7. Okt. Reuter meldet aus Konstantinopel: Die türkischen Blätter teilen mit, daß Kemal Pascha am 5. Oktober Angora verlassen hat, um die wiedererwonnenen Gebiete und auch Rudania zu besuchen, wo er mit General Harrington zusammenzutreffen hofft. (W. T. B.)

Rumänien und der Orientkonflikt.

Bukarest, 8. Okt. Die Blätter kündigen eine diplomatische Aktion Rumaniens an, die eine friedliche Lösung der Orientfrage bezweckt. Die rumänische Regierung wüßte die Errichtung einer neutralen Zone zwischen der Türkei und Bulgarien, die unter derselben Verwaltung stehen soll, wie die Meerengen. Im übrigen werden alle Gerüchte der letzten Tage über eine Mobilisierung der rumänischen Truppen oder eine sonstige militärische Handlung Rumaniens dementiert. (W. T. B.)

Die italienische Regierung und die Faschisten.

Rom, 7. Okt. Gegenüber den immer drohender werdenden faschistischen Staatsrechtsplänen beschloß der Ministerrat, nicht zurückzutreten, sondern die Staatsautorität zu schützen und weitere Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Ordnung zu treffen. Die faschistische Forderung auf sofortige Auflösung der Kammer und baldige Anberaumung der Neuwahlen kann auch wegen der fatalen Form dieses Verlangens nicht angenommen werden. Das Parlament soll jedoch bald zusammentreten und auch die Wahlreform beraten. Inzwischen reichten Credaro und Salata ihre Entlassung ein, womit diese faschistische Forderung erfüllt ist.

Die faschistische Bedrohung Südtirols.

Innsbruck, 7. Okt. Die „Innsbrucker Volkszeitung“ erhielt einen Brief der Faschistenpartei aus Trient, in dem es heißt: Wisset, daß Italien in Folge göttlichen Rechts bis zum Brenner reicht. Wir werden die Deutschen diesseits der Grenze hinauswerfen, damit sie nicht mehr die italienische Erde besetzen können. Wir werden an den Häuptern der Deutschen diesseits der Grenze für alle frühere Unbill und Barbarei Rache nehmen, und wenn dies nicht genügt, werden wir über die Grenze zu kommen wissen, um Gerechtigkeit zu üben.

451 Milliarden schwebende Schuld.

Das Finanzelend wegen der Markentwertung

Berlin, 8. Okt. Die schwebende Schuld des Reiches liegt in dem letzten Septemberdrittel um 89 748 Millionen auf 450 Milliarden und 895 Millionen Mark.

Handelsbilanzen in Goldmark.

Berlin, 7. Okt. Wie wir hören, wird bei der Regierung angeblich ein Gesetzentwurf ausgearbeitet, wonach alle zur Steuererhebung nötigen Handelsbilanzen in Goldmark verlangt werden sollen.

Ein bairisches Wiederaufbauabkommen.

Wie die Telegraphen-Union erfährt, hat der Deutsche Industrie-Verband, sich München, mit großen französischen Wiederaufbaugruppen zur Durchführung eines Sachlieferungsabkommens Verhandlungen eingeleitet, die vor dem Abschluß stehen. Das Abkommen unterzeichnet sich von den anderen durch besondere bindende Vereinbarungen, die sich auf Rohstofflieferungen an die Liefernde Industrie und auf die Finanzierung beziehen. Das Abkommen, das in erster Linie für die süddeutsche Industrie unummittelbare Auftragserteilungen sichert, bietet hierin besondere Vorteile. Zunächst sind sofort bedeutende Aufträge an die Bauindustrie und verwandte Unternehmungen zu vergeben. Es kommen ferner in der Folge noch alle anderen Industriezweige in Frage, die für die Ausfuhr leistungsfähig sind. Diesen Firmen nutzt nun die Arbeit des Deutschen Industrie-Verbandes auf dem Gebiete der Organisation, denn die Käufer, mit denen er die großen Aufträge durchführt, tätigen ihre Käufe in der ständigen Ausfertigung des Verbandes in München.

Zur Reichspräsidentenwahl.

Berlin, 7. Okt. In parlamentarischen Kreisen beschäftigt man sich weiter mit der Reichspräsidentenwahl. Wie in den bürgerlichen Kreisen verlautet, ist noch nicht mit Bestimmtheit anzunehmen, daß die Präsidentenwahl tatsächlich am 8. Dezember stattfindet. Das wird von neuen Verhandlungen abhängig sein, die einerseits zwischen den bürgerlichen Parteien, andererseits zwischen den bürgerlichen Par-

teien und den Sozialdemokraten geführt werden. Noch immer wird in den bürgerlichen Parteien angestrebt, die Reichspräsidentenwahl auf längere Zeit hinaus zu schieben. Eine ablehnende Haltung in dieser Frage nahmen in den letzten Tagen lediglich die Deutschnationalen und die Kommunisten ein, während die Sozialdemokraten sich mit dem Vorschlag, Ebert für zwei Jahre länger als Präsident zu übertragen und dieser Verlängerung gesetzlichen Ausdruck zu geben, einverstanden erklärten. Außerdem wird auch über die Möglichkeit eines gemeinsamen bürgerlichen Kandidaten gesprochen. Hier schweben Verhandlungen zwischen sämtlichen bürgerlichen Parteien mit Einfluß der Deutschnationalen.

Deutschnationale und Deutsche Volkspartei.

Die „Korrespondenz der Deutschnationalen Volkspartei“ verbreitet folgende Notiz: „Die „Nationalliberale Korrespondenz“ spricht von „schweren Verschuldungen“, die der deutschnationale Landtagsabgeordnete Baeder-Berlin gegen die Herren Stresemann und v. Campe erhoben habe. Sie will daraus folgern, daß die Deutschnationale Volkspartei auf freundschaftliche Fühlung mit der Deutschen Volkspartei fortan kein Gewicht mehr zu legen „scheine“. Die „Nationalliberale Korrespondenz“ befindet sich in einem doppelten Irrtum. Der Abgeordnete Baeder-Berlin hat nicht Verschuldungen erhoben, sondern die Deutschnationale Volkspartei gegen Verschuldungen verteidigt, deren hartnäckige Wiederholung durch den Führer der Deutschen Volkspartei die Gefahr einer ersten Trübung der Beziehungen zwischen den beiden Parteien mit sich bringen mußte. Und es ist gerade der Zweck seiner Ausführungen gewesen, auf die Haltung der Deutschen Volkspartei dahin einzuwirken, daß diese Gefahr ausgeräumt und der Weg zu einer besseren Fühlung zwischen zwei Parteien wieder freigemacht wird, die so viel Berührungspunkte wichtiger Art haben. Wie der Abgeordnete Baeder-Berlin mit Recht hervorhob, ist ein reibungsloses Zusammenarbeiten der beiden verwandten Parteien besonders notwendig in einer Zeit, in der unser Volk schweren Krisen entgegengeht und ein Zusammenhalten aller staatserhaltenden Elemente als ein ganz besonders dringliches Ziel erscheint.“

Presse und Wirtschaft.

Die Handelskammer zu Düsseldorf hat im Anschluß an den Bericht ihres Geschäftsführers Dr. Wilden in der Vollversammlung sich mit der Notlage der Presse befaßt und mit Rücksicht auf die große Bedeutung der Presse für das Wirtschaftsleben sich für Hilfsmaßnahmen eingesetzt. Die einstimmig gefaßte Entscheidung lautet:

Die wirtschaftliche Notlage, in der sich die deutsche Presse befindet, ist allgemein bekannt. Die Steigerung aller Betriebskosten, namentlich der Holzschiff- und Papierpreise, mit denen sich die Einnahmen nicht mehr in Einklang bringen lassen, hat bereits zahlreiche kleine und mittlere Zeitungen zum Erliegen gebracht, erwirkt selbst den großen Zeitungen das Dasein immer mehr und zwingt sie dauernd zu neuen Beschränkungen. Raum noch vermag die deutsche Presse ihre Vertreter im Ausland zu unterhalten.

Unter diesem Notstand leidet das kulturelle und geistige Leben des ganzen deutschen Volkes. Besondere Gefahren drohen aber der deutschen Wirtschaft, die auf eine freie, völlig unabhängige und leistungsfähige Presse unbedingt angewiesen ist, weil nur diese die Verbindung zwischen Wirtschaft und Volk aufrecht und gesund zu erhalten und die Allgemeinheit über das Wirtschaftsleben und die einzelnen wirtschaftlichen Unternehmen unparteiisch und in unterrichteter Verfassung. Außerdem sind die Wirtschaftskreise selbst auf die Presse, als die schnellste Übermittlerin von wirtschaftlichen Nachrichten jeder Art, insbesondere von allen wichtigen Handelsplätzen des In- und Auslandes, angewiesen. Darum muß die Wirtschaft der Presse bei ihrem Kampfe ums Dasein Hilfe leisten.

Die Handelskammer zu Düsseldorf schlägt daher vor, ein umfassendes Hilfswerk der Regierung anzustreben. Diese muß die Presse in ihrer Eigenschaft als Einrichtung des öffentlichen Lebens in jeder geeigneten Weise unterstützen und in besonderer Sorge tragen:

1. für Beschaffung billigen Holzkaffees aus den staatlichen Wäldern;
2. für Ermäßigung bzw. Aufhebung der Anzeigensteuer.

Ferner richtet die Handelskammer an Handel, Industrie und Gewerbe die Aufforderung, unmittelbar der Presse leistungsfähige Förderung zuteil werden zu lassen. Diese Förderung kann vor allem darin bestehen, daß der Bezug der Zeitungen und deren Benutzung für Anzeigen nicht eingeschränkt, eher nach Möglichkeit gesteigert wird.

Tariffchiedspruch für die Buchdrucker.

Leipzig, 8. Okt. Nachdem am Freitag die Verhandlungen im Tarifstreik der deutschen Buchdrucker ergebnislos abgebrochen worden waren, ist am Sonnabend im Reichsarbeitsministerium ein Schiedspruch gefällt worden. Nach diesem Schiedspruch erhalten die Gehilfen in den Spitzenbetrieben der ersten beiden Wochen eine wöchentliche Zulage von 1000 Mk. und für die dritte und vierte Woche eine weitere Erhöhung um wöchentlich 400 Mk. Der Schiedspruch ist, wie das „Leipa. Tagbl.“ erfährt, von beiden Seiten angenommen worden. Infolge der Lohn-erhöhung in Verbindung mit den gewaltig gestiegenen Preisen der Materialien und Betriebskosten erhöhen sich die Druckkosten ab 8. Oktober um 50 Prozent. (W. T. B.)

Die Richtlinien der Demokratischen Partei.

Der vierte Parteitag der Demokraten. Ebersfeld, 8. Okt. Heute nachmittags wurde hier der vierte ordentliche Parteitag der Deutschdemokratischen Partei mit einer Sitzung des Parteiaussschusses unter der Leitung des Reichstagsabgeordneten Dr. Petersen (Hamburg) eröffnet. In dem Geschäftsbericht der Parteileitung werden

Richtlinien für die Partei aufgestellt, die sich, kurz zusammengefaßt, etwa folgendermaßen darstellen:

Außenpolitisch: Unterstützung aller Bestrebungen auf Abbau der Friedensverträge, aber unter möglicher Vermeldung jeder Katastrophopolitik. Das Mittel zu dieser Politik war: Besinnliche Politik der Erfüllung, um auf diesem Wege die Unerschütterlichkeit und Unabwägbarkeit der Friedensbedingungen zu beweisen. Der Sinn dieser Politik ist: Zeit gewinnen, bis im Auslande der Nebeschleier des Kriegsschusses zerreiht und die Politik der Vernunft möglich wird.

Innenpolitisch: Möglichste Zusammenfassung des Volkes zur nationalen Einheit, Überwindung der durch Krieg, Revolution und wirtschaftliche Verarmung entstehenden Klassen- und Kastengegenstände. Sammlung aller wahrhaft aufbauenden Kräfte, besonders zwecks Führung einer geschlossenen Außenpolitik. Unbedingte Treue zum neuen republikanischen Staat. Opferwilligkeit für die Gesamtheit, insbesondere für den notleidenden verarmten Staat. Durchdringung der Staatsverwaltung mit tiefem demokratischem und republikanischem Geist. Baldige Befestigung der durch Kriegsverordnungen aller Art gescheiterten Wirtschaft. Grundtätliche Rückkehr zur selbst steuernden Wirtschaft, verbunden mit wirtschaftlicher und sozialer Selbstverwaltung. Dabei müssen aus Gründen der politischen Sicherheit und Ruhe jene Bedingungen noch teilweise aufrecht erhalten werden, die zurzeit nicht ohne schwere Erschütterung beseitigt werden können (Getreideumlage, Reichsmietengesetz, Kohlenverteilung). Eine gesunde Sozialpolitik, die den Folgen der Geldentwertung so weit als möglich entgegenwirkt.

Weiter wird im Geschäftsbericht gesagt: Es zeige sich eine erkennlich starke Konzentration nach der Mitte, nach der Demokratie hin. Die Demokratische Partei sei der Kristallisationskern. Daraus ergeben sich starke Hoffnungen für die Zukunft der Partei. Die Deutsche Demokratische